
43/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 26.02.2003

(Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich)

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Ulli Sima, Oberhaidinger
und Genossinnen

betreffend Nichtzustimmung Österreichs zur Aufstockung des EURATOM-
Kreditrahmens

Am 6. November 2002 hat die EU-Kommission beschlossen, den EURATOM-Kreditrahmen von bisher 4 auf 6 Mrd Euro zu erhöhen. Als nächstes sind nun die Finanzminister der Europäischen Union am Zug, die im Ecofin über die geplante Aufstockung abstimmen. Für die Aufstockung der finanziellen Mittel ist ein einstimmiger Beschluß notwendig. Österreich darf diesem Kommissions-Beschluß keinesfalls zustimmen, da EURATOM-Kredite vor allem für die Sanierung und den Fertigbau maroder Ost-AKW's verwendet werden. Ein Blick auf die Geldervergabe der letzten Jahre zeigt dies sehr deutlich:

Im Jahr 2000 wurden Euratom-Kredite in der Höhe von 893 Mio Euro für Nachrüstungen von atomaren Anlagen in Osteuropa bewilligt. Es handelt sich um zwei konkrete Projekte:

a) Der bisher größte EURATOM-Kredit - 680, 5 Mio Euro - wurde für die Fertigstellung der beiden ukrainischen Tschernobyl-Ersatzreaktoren K2/R4 (Khmelnitzky 2 und Rovno 4) gewährt.

b) Weiters hat die EU-Kommission im Jahr 2000 einen Kredit in der Höhe von 213,5 Mio Euro für die Nachrüstung der Blöcke im bulgarischen Kozloduj 5 und 6 bewilligt.

In der „Warteschleife“ für EURATOM-Kredite befindet sich das russische AKW Kalinin-3, für dessen Fertigstellung 335 Mio der 670 Mio Euro aus EURATOM-Töpfen fließen sollen. Daneben soll in Rumänien der kanadische Schwerwasserreaktor Cernavoda-2 ebenfalls mit EURATOM-Geldern in der Höhe von 250 Mio Euro fertiggestellt werden.

Aus einem bislang nicht veröffentlichten Papier der EU-Kommission geht hervor, dass die EU mittels EURATOM-Krediten in Zukunft 6 weitere AKWS an 4 Standorten - Kalinin 3 und 4, Balokovo 5 und 6 Kursk 5 und Rostov 2 - in Russland finanzieren will. Aufgrund von Finanzierungsengpässen konnte dort bisher nicht weitergebaut werden, nun sollen EU-Gelder - konkret Steuergelder - als Finanzspritze zum Fertigbau fließen. Offenbar soll mit Hilfe der EURATOM-Gelder eine große Ausbau-Offensive in Osteuropa gestartet werden. Obwohl die EU-Kommission auch von Schließungsprojekten spricht, gibt es kein einziges Beispiel aus den vergangenen Jahren, bei dem mit Hilfe von EURATOM-Geldern AKW's geschlossen wurden.

Finanzminister Karl-Heinz Grasser hat (gemeinsam mit Umweltminister Wilhelm Molterer) am 19. November 2002 festgestellt: „Eine Zustimmung zur Aufstockung des EURATOM-Kreditrahmens kommt für Österreich nicht in Frage, wenn nicht zweifelsfrei sichergestellt ist, dass die Mittel nur für die Schließung von AKW oder die Behebung von Sicherheitsmängeln bei fixen Schließungsdaten verwendet werden. Mit der Stimme Österreichs wird es jedenfalls kein Geld für neue AKW geben“. (OTS 198)

Die unterfertigen Abgeordneten stellen daher nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird aufgefordert, im Umweltministerrat einen Beschluß gegen die Verwendung von EURATOM-Krediten für den Neubau oder für die Lebenszeitverlängerung bestehender Atomkraftwerke herbeizuführen.
2. Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, im Ecofin der Aufstockung des EURATOM- Kreditrahmens von 4 auf 6 Mrd Euro nicht zuzustimmen. Er muss damit verhindern, dass künftig noch mehr an Steuergeldern für die Finanzierung der Nuklearenergie, für AKW-Fertigbauten und künstliche Betriebsverlängerung von Atomkraftwerken verwendet werden.

Zuweisungsvorschlag: Umweltausschuss